

Wiedergutmachungsinitiative eingereicht. Entschädigung für Verdingte.  
Artikel von Seraina Kobler, Neue Zürcher Zeitung online, 19. Dezember 2014  
URL: <http://www.nzz.ch/schweiz/entschaedigung-fuer-verdingte-1.18447978>  
(Stand 19. Dezember 2014)

---

## Neue Zürcher Zeitung

Wiedergutmachungs-Initiative

# Entschädigung für Verdingte

Seraina Kobler 19.12.2014, 12:04 Uhr



*Ehemalige Verdingkinder nehmen an der Einreichung der Wiedergutmachungsinitiative in Bern teil. (Bild: Peter Klaunzer / Keystone)*

**Die Wiedergutmachungs-Initiative verlangt, dass ein Fonds in der Höhe von 500 Millionen Franken eingerichtet wird. Dafür wurden 110'000 Unterschriften gesammelt und eingereicht.**

Sie wurden verdingt, versorgt, zwangssterilisiert oder zwangsadoptiert – die Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen. Bis 1981 wurden Tausende von Menschen in der Schweiz ohne Gerichtsbeschluss administrativ versorgt. Noch rund 20 000 von ihnen leben heute in der Schweiz. Ihre körperliche, psychische oder sexuelle Integrität wurde schwer verletzt. Das Eingeständnis, dass ihnen ein Unrecht angetan wurde, ist eine moralische Wiedergutmachung. Doch die Opfer sollen auch eine finanzielle Entschädigung erfahren. Eine überparteiliche Initiative hat in den letzten acht

Monaten 110 000 beglaubigte Unterschriften gesammelt. Am Freitag wurde die Wiedergutmachungsinitiative offiziell bei der Bundeskanzlei eingereicht.

### **Bund soll Fonds einrichten**

Die Unterschriften kamen in weniger als der Hälfte der Sammelfrist zusammen. Unterstützt von Betroffenen und Bundesparlamentariern deponierte das Initiativkomitee die Unterschriftenbögen bei der Bundeskanzlei. Der Vater der Initiative, der Unternehmer Guido Fluri, wurde bei dem Anlass als Hoffnungsträger



*Knaben des Knabenerziehungsheims Oberbipp bei der Feldarbeit, 1940. (Bild: Foto: Paul Senn, FFV, Kunstmuseum Bern, Dep. GKS. © GKS.)*

gefeiert. Mit dem Geld aus dem Wiedergutmachungs-Fonds soll den am schwersten betroffenen Opfern geholfen und das ihnen zugefügte Unrecht abgegolten werden. Der Fonds soll vom Bund eingerichtet werden. Aus welchen Quellen das Geld stammen soll, lässt die Initiative aber offen. Diese sei aber politisch notwendig, weil

es bis heute keine gesetzliche Grundlage für eine umfassende Wiedergutmachung gebe, schreiben die Initianten in einer Mitteilung. Es sei nun an Bundesrat und Parlament, auf die eingereichte Initiative zu reagieren und deren Forderungen rasch



*Zahnkontrolle des Armeninspektors bei einem Verdingmädchen, 1940. (Bild: Foto: Paul Senn, FFV, Kunstmuseum Bern, Dep. GKS. © GKS.)*

umzusetzen. SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr ist überzeugt, dass der Auftrag der Bevölkerung in Bundesbern Widerhall finden wird: «Die über 110 000 Unterschriften stehen für Achtung und Respekt. Gemeinsam werden wir alle zusammen den Weg zum Gipfel weitergehen. Ich bin zuversichtlich, dass wir ihn erreichen.»

### **Überparteiliches Komitee**

Erste Schritte zur Rehabilitierung der Betroffenen wurden im Lauf des letzten Jahres gemacht. An einem Gedenk Anlass bat Justizministerin Simonetta Sommaruga im April 2013 die Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen [im Namen des Bundesrats um Entschuldigung](#). Ein Jahr später verabschiedete das Parlament ein Gesetz, mit dem

das Unrecht anerkannt wird. Eine finanzielle Wiedergutmachung ist darin aber nicht vorgesehen. Der inzwischen aktive Soforthilfefonds wurde auf freiwilliger Basis eingerichtet. Im Initiativkomitee sind neben Vertreterinnen und Vertretern der Betroffenenorganisationen Mitglieder aller Bundeshausfraktionen mit Ausnahme der SVP vertreten. Deren Vertreter hatten im Nationalrat auch gegen das Rehabilitierungsgesetz gestimmt. Mitinitiant und FDP-Ständerat Joachim Eder sieht in der Initiative aber kein «linkes und kein rechtes Anliegen». Es sei ein Anliegen von gesellschaftspolitischer Bedeutung und eine Initiative für die Schweiz als Ganzes. Die Schweiz geht den Weg der Wiedergutmachung nicht allein. Andere Länder wie etwa Irland haben bereits Hunderte von Millionen für die Aufarbeitung ihrer Missbrauchsfälle bereitgestellt.

### **Mehr zum Thema**

- [Opfer administrativer Zwangsmassnahmen Wiedergutmachungs-Initiative lanciert](#)  
31.3.2014, 10:17 Uhr
- [Opfer administrativer Zwangsmassnahmen 500 Millionen Franken für Wiedergutmachung](#)  
1.4.2014
- [Vergangenheitsbewältigung Sammelfrist für Wiedergutmachungs-Initiative läuft](#)  
1.4.2014, 12:14 Uhr
- [Ehemalige Verdingkinder kritisieren Bund Unruhe am runden Tisch](#)  
10.6.2014, 14:59 Uhr